

**Privatisierung: Die zweifelhafte Rolle der Gutachter**

Anmoderation

Anja Reschke:

Es gibt eine Formel, die einfach nicht aus den Köpfen rauszubekommen ist: Privat ist besser als Staat. Der Gedanke dahinter ist, dass alles, was die Privatwirtschaft anpackt, effektiver und kostengünstiger ist, als das, was der bürokratische Staat betreibt. Vor allem kleine Städte und Kommunen, die unter akutem Geldmangel leiden, fallen offenbar immer wieder auf diesen verlockenden Gedanken herein. Und so werden allerorten Schulen, Schwimmbäder oder sogar der Straßenbau an private Investoren ausgelagert. Es gibt ja auch eine Heerschaar von vermeintlich unabhängigen Beratern, die eindrucklich vorrechnen, wie viel billiger die private Lösung ist. Dass diese Berater aber auch handfeste finanzielle Interessen an diesem Ergebnis haben können, wird übersehen. Johannes Edelhoff, Nils Naber und Christian Salewski

Vor sieben Jahren hatte das bettelarme Halle an der Saale ein echtes Problem. Die Zustände in den Schulen waren unzumutbar. Die damalige Bürgermeisterin hörte von einem Zaubermittel: Schulsanierung - trotz leerer Kassen.

O-Ton

Dagmar Szabados, SPD,  
ehem. Oberbürgermeisterin Halle:

„Wir haben jetzt überlegt, wie können wir das effektiver machen. Also finanziell effektiver und aber auch in der Zeit schneller. Wie kommen wir schneller dazu. Und da fingen so die Diskussionen um PPP an.“

PPP: Public Private Partnership. Das heißt: Ein privater Investor baut und betreibt die Schulen über mehrere Jahrzehnte – die Stadt zahlt die Kosten erst später über die Miete zurück.

Eine Privatisierung auf Zeit – die billiger sein soll. Die Idee dahinter: Privat kann es besser. Doch bevor die Privaten ran dürfen, muss nachgewiesen werden, dass sie auch wirklich günstiger sind. Dafür wird ein Kostengutachten bestellt: beim „PPP-Berater“.

O-Ton

Jens Rauschenbach,  
PPP-Berater, November 2006:

„Wir müssen der Kommunalaufsicht – auch zu Recht – nachweisen, dass diese PPP-Lösung des Bauens und Betreibens günstiger ist als der Eigenbau und die Eigenbewirtschaftung.“

In Halle kam der Gutachter zum Ergebnis: Mit den Privaten können Schulen billiger saniert werden. Doch das Kostengutachten ist offenbar falsch, wie eine Überprüfung des Rechnungshofes ergab. Privat sei nicht günstiger, sondern teurer. Das Gutachten sei „methodisch mangelhaft“, unterm Strich führe das zu „verfälschten“ Ergebnissen.

Einer der vielen Rechenricks betrifft die Wasserhähne. Im Kostengutachten für die Behördenvariante wird mit normalen Hähnen gerechnet, in der Privatvariante mit wassersparenden. Spart natürlich Geld – beim Wasserverbrauch.

O-Ton

Reporter: „Hätte die Stadt nicht selber darauf kommen können wassersparende Wasserhähne einzubauen?“

Jens Rauschenbach, PPP-Berater: „Das ist jetzt ein sehr vereinfachtes Beispiel. Ich weiß, dass man das sehr plakativ machen kann, es ist ein ganz, ganz kleiner Punkt. Es gibt viele Einzelpunkte.“

Der Berater betont, bei den Baukosten hätten sich seine Prognosen bestätigt, doch der Rechnungshof bleibt dabei: Privat ist hier nicht günstiger.

Warum aber errechnete der Gutachter das Gegenteil? Es könnte ein Motiv geben, vermutet der Rechnungshof: bei PPP kann der Gutachter mehr Geld verdienen. Und das geht so: Wenn sich eine Kommune wegen des Kostengutachtens gegen den staatlichen Bau und für privat entscheidet, geht das Geschäft erst richtig los. Denn die Partnerschaft von Privat und Staat muss koordiniert werden. Folgeaufträge sind fällig. Ein PPP-Berater muss ran, der will natürlich dafür Geld. Und wer ist dieser Berater bei den PPP Schulen in Halle? Der gleiche, der auch das Kostengutachten erstellt hat!

O-Ton

Panorama: „Es gibt die Kritik, Sie sind derjenige, der das Gutachten macht, machen wir PPP oder staatlichen Bau. Und wenn Sie sagen ‚wir machen PPP‘, dann kriegen Sie Folgeaufträge und dann verdienen Sie mehr Geld. Das ist doch ein Interessenkonflikt?“

Jens Rauschenbach, PPP-Berater: „Ich sehe das nicht als Interessenkonflikt, sondern es ist ein völlig normaler Vorgang, dass auch Ingenieure, Architekten eine Vorplanung machen und natürlich, auch wenn es sich rechnet und wenn es sich darstellt, die Hoffnung haben, dass die Vorplanung umgesetzt wird. Das ist ganz normal.“

O-Ton

Dagmar Szabados, SPD,  
ehem. Oberbürgermeisterin Halle:

„Also ich verstehe nicht, was da der Landesrechnungshof für einen Interessenskonflikt sieht. Ganz im Gegenteil. Wenn die sich aus dem Staub gemacht hätten, uns das Gutachten hingelegt hätten und dann hätten sie sich aus dem Staub gemacht. Also der Landesrechnungshof, hat dort eine Denke, die ist vorsintflutlich.“

Privat kann besser, alles andere ist vorsintflutlich. Aber privat ist eben auch anfälliger für Manipulationen, wie Professor Mühlenkamp beobachtet.

O-Ton

Prof. Holger Mühlenkamp,  
Betriebswirt:

„Das Problem eines Beraters besteht darin, dass er normalerweise durch PPP Geld verdient. Insofern ist da dieser Interessenkonflikt offenkundig. Wenn er zu dem Ergebnis kommt oder käme, dass eine PPP unwirtschaftlich ist, würde er sein eigenes Geschäftsmodell unterminieren.“

Trier. Hier stand ein Freibad, das abrisstauglich war – die Stadt wollte ein neues. Also wieder ein Gutachten, und siehe da: privat sollte billiger werden, und zwar um satte 750.000 Euro. Da konnte der Stadtrat nur noch zustimmen.

O-Ton

Anja Reineremann-Matatko,  
Stadtrat Trier, B'90/Die Grünen:

„Das PPP-Projekt war letztendlich in der, ich würde mal sagen, in der Schlussberechnung das billigere und somit war klar, wir müssen natürlich das billigere machen, wenn wir überhaupt was machen wollen und das Bad nicht schließen möchten.“

Die Privaten bauten das Freibad, dann prüfte der Rechnungshof. Ergebnis: das Kostengutachten offenbar wieder falsch, Das Ganze sei nicht etwa 750.000 Euro billiger, sondern 3,2 Millionen Euro teurer.“

O-Ton

Klaus Behnke, Landesrechnungshof Rheinland Pfalz: „Das Ganze beruht aus unserer Sicht ganz wesentlich auf nicht nachvollziehbaren Annahmen, die von Seiten der Berater getroffen worden sind, teilweise auch auf Annahmen, die schlicht keine Grundlage haben.“

Panorama: „Das heißt, man hat das Projekt schön gerechnet, damit es passt?“

Klaus Behnke, Landesrechnungshof Rheinland Pfalz: „Schöngerechnet ist ein Begriff, den man hier durchaus verwenden kann, ja.“

Schöngerechnet wurde etwa bei den Größen der Schwimmbecken. In der privaten Variante hatten die Gutachter die Wasserfläche kleiner eingeplant. Das spart natürlich Geld. Nun ist es zu spät und die Gutachter – die Firma PSPC kann sich freuen: sie bekam für 300.000 Euro Folgeaufträge. Ein Interview dazu wollte die Firma nicht geben. Ebenso wenig wie Triers Oberbürgermeister Klaus Jensen.

Weimar. Hier trifft sich die PPP-Szene: Banken, Baufirmen, Rechtsanwälte. Dass Gutachter sich selbst lukrative Folgeaufträge verschaffen können, weiß man hier natürlich. Doch das sei eher ein theoretisches Problem.

O-Ton

Panorama: „Sehen Sie da keinen Interessenkonflikt?“

Andreas Iding, Geschäftsführer Goldbeck Baudienstleister: „Also, natürlich kann man theoretisch sagen, da gibt es einen Interessenskonflikt, dass ein Berater oder auch die Beteiligten etwas präferieren, etwas bevorzugen, weil dadurch, wenn es denn umgesetzt werden würde, natürlich auch ein Folgeauftrag dastehen könnte, das ist gar keine Frage.“

Lutz Horn, Rechtsanwalt: „Mit Sicherheit hat es einige Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gegeben, die vielleicht hätten besser gemacht werden können.“

Haben die Kommunen mittlerweile gelernt? Wohl kaum: erst kürzlich geriet in Pforzheim der PPP-Neubau der Alfons-Kern-Berufsschule in die Kritik. Wieder war das Motto: Privat kann besser. Wieder prüfte der Rechnungshof: das Kostengutachten war demnach falsch, privat doch nicht billiger.

O-Ton

Armin-Hagen Berberich,

Landesrechnungshof Baden-Württemberg:

„Wir haben gesagt, die Schule in Pforzheim hätte so nicht gebaut werden dürfen als PPP-Maßnahme, sie ist zu teuer.“

Und wieder war es zu spät, die Privaten durften bauen. Viele verdienen mit, am Ende landet die Rechnung doch beim Steuerzahler. Dabei ließe sich diese Fehlsteuerung durchaus vermeiden:

O-Ton

Armin-Hagen Berberich,

Landesrechnungshof Baden-Württemberg:

„Wenn jemand sich Beratern bedient, sollte man die unterschiedlichen Phasen an unterschiedliche Büros vergeben, um eben diese Interessenskonflikte nicht auftreten zu lassen.“

Autoren: Nils Naber, Christian Salewski, Johannes Edelhoff

Kamera: Roman Schlaak, Florian Kössl, Helmut Fischer

Schnitt: Claire Walke, Ulrike Jochmann